

Liberal



Nach großen Erfolgen: Die Piraten schicken sich an, eine neue links-liberale Partei zu werden.

Seite 2

Autoritär



Auf der „Schmuddel“-Gedenkdemo in Dortmund griffen Polizisten friedliche DemonstrantInnen an.

Seite 3

Links



Die amerikanische Linke will den globalen Kapitalismus abschaffen und das System okkupieren.

Seite 4

Internet

Alle Artikel und mehr gibt es im Netz unter

www.bszone.de

Neue Studierendenvertretung im Amt

Nawi stellt AStA-Spitze

(Chs) Mit jeweils 18 Stimmen hat das 45. Studierendenparlament der Ruhr-Uni – so knapp wie nur möglich – zwei Mitglieder der Liste der Naturwissenschaftler und Ingenieure (Nawi) in die zwei wichtigsten Ämter des AStA gewählt. Dirk Loose ist neuer AStA-Vorsitzender und Christian Vollmering neuer Finanzreferent. Das bedeutet nicht nur, dass die Studierendenschaft der Ruhr-Universität ab sofort von einem Minderheiten-AStA vertreten wird. An ihrer Spitze stehen Vertreter einer Liste, die bisher noch nie im AStA war und im Wahlkampf explizit damit geworben hatte, unpolitisch zu sein.

Das klingt nun anders: Der neue AStA verstehe sich als „dezidiert links, nicht als unpolitisch“ hieß es vergangene Woche auf der Sitzung des Studierendenparlaments. Er besteht nun aus Mitgliedern der Nawi, der Jusos, der Liste der Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (Gewi) und der Internationalen Liste (IL). Letztere war jedoch nicht offen, sondern unter dem Etikett der Grünen Hochschulgruppe (GHG) zur Wahl angetreten (die bsz berichtete). Eine WählerInnen-Täuschung sehen sie hierin jedoch nicht.

Knappes Ergebnis

Unter großem Jubel ihrer Partner-Listen erhielten sowohl Loose als auch Vollmering genau die 18 Stimmen, die sie mindestens benötigten, damit ihre Wahl gültig ist. Dieses knappe Ergebnis ist auch darauf zurückzuführen, dass sie bei der vorherigen Befragung durch die Oppositionslisten zum Teil irritierende oder überhaupt keine Antworten geben konnten. So erklärte der 26-jährige Chemiestudent Dirk Loose, er selbst sei über-



Dirk Loose (links) applaudiert seinem neuen Finanzreferenten Christian Vollmering (Mitte), nachdem dieser die erforderlichen 18 Stimmen erreicht hat. Foto: mr

zeugter Gewerkschaftler und wolle „einen AStA der ausgestreckten Hand“ führen. Er ist nicht nur stellvertretendes Mitglied im RUB-Senat, sondern absolvierte vor seinem Studium auch eine Ausbildung bei DyStar/Bayer Leverkusen.

Offene Fragen, keine Neuwahlen

Den offenen ersten Eindruck brachte der zukünftige Vorsitzende jedoch kurz darauf durch einige Schnitzer ins Wanken. Vor allem als er seine Unkenntnis der Grenzen und Möglichkeiten von Pres-

ssefreiheit offenlegte, als er zur kritischen Berichterstattung der Ruhrbarone über das zurückgetretene IL-Mitglied Ariya Fehrest-Avanloo Stellung bezog. Auch der neue Finanzreferent Vollmering öffnete reichlich Raum für Spekulationen. Der 19-Jährige Erstsemester sagte, er habe zwar keine hochschulpolitische Erfahrung, sei aber bereits Mitglied zweier Parteien gewesen. Eine davon war die Jugendorganisation der FDP, die andere wollte er auch auf Nachfrage hin nicht nennen, da er als 16-Jähriger „nicht bewusst“ in dieser Mitglied geworden sei.

Zumindest was die Haushaltsausgaben betraf, hatte sich die Nawi noch in der Pflicht gesehen, „die demokratische Legitimation des Übergangs-AStAs zusammen mit allen anderen Oppositionslisten sicherzustellen und somit die Ausgabe von politisch motivierten Geldern auf eine breite demokratische Basis zu stellen.“ Jetzt allerdings, wo es um die eigene Legitimation geht, scheint dies nicht derart dringend notwendig zu sein. Denn die Frage nach einer Neuwahl aufgrund der bisherigen Geschehnisse stellt sich der Nawi wegen der zu erwartenden Kosten von 10.000 bis 20.000 Euro nicht, heißt es dazu sowohl auf der Homepage der Liste als auch bei der Wahl-Sitzung.

Anders als gewählt

Die ehemalige AStA-Vorsitzende Laura Schlegel sagte, sie habe das Wahlergebnis als eine Bestätigung der bisherigen Koalition von GHG, der Linken Liste (LiLi) und der Liste Schöner Wohnen in Bochum (Swib) gesehen. Sie zeigte sich enttäuscht darüber, dass diese Listen ihre Arbeit nun – trotz Wiederwahl – nicht werden fortsetzen können. Stattdessen, so Schlegel, habe der neue AStA dem Finanzreferenten noch „den Haushalt abgeluchst, anstatt ihn selbst zu erstellen“. Zudem kritisierte sie, dass der bisherige AStA durch den Hauptausschuss noch mit einer Haushaltssperre belegt wurde, statt Neuwahlen durchführen zu lassen. Sogar das Justitiariat der Uni habe das Vorgehen als „nicht rechtens“ gerügt, so Schlegel. Abschließend appellierte sie an den zukünftigen AStA: „Ich hoffe, dass bald Neuwahlen stattfinden werden, weil der neue AStA sonst nur geduldet ist.“

Ein Internetblog beleuchtet die Arbeit des neuen RUB AStAs

Unter Beobachtung

(mr) Nun ist es offiziell: Der AStA aus der Liste der Ingenieure und Naturwissenschaftler (Nawi), der Internationalen Liste (IL), der Juso-Hochschulgruppe (Jusos) und der Liste der Geistes-, Wirtschafts- und Gesellschaftswissenschaften (Gewi) hat seine Arbeit aufgenommen. Und während der neue Finanzreferent Christian Vollmering (Nawi) sich noch durch die Haushaltsberichte der vergangenen Jahre kämpft, arbeiten andere bereits an einem Konzept der dauerhaften Berichterstattung über die Arbeit der neuen AStA-Verantwortlichen. Unter dem Namen „AStA-Watch“ soll in einem Wordpress-Blog regelmäßig über die Tätigkeiten der neuen Studierendenvertretung berichtet werden. InitiatorInnen des Projektes kommen aus Kreisen der Opposition und des linken Spektrums der Ruhr-Universität.

Als „Mitte-Rechts-AStA“ wird die nun amtierende Koalition in dem Blog namentlich unbekannter AutorInnen beschrieben, obgleich sich die meisten Mitglieder der neuen Studierendenvertretung auf der konstituierenden Sitzung des Studierendenparlamentes sagten, dass sie sich selbst als linksalternativ verstanden wissen wollen. Der neue AStA-Vorsitzende Dirk Loose (Nawi) erklärte etwa: „Ich möchte Vorsitzender eines AStA sein, der sowohl die Linke als auch die Mitte vertritt. Rechte, rechtsextreme Gruppen sind ausgeschlossen. Ich komme selbst



Das Web 2.0 hat den AStA im Visier. Foto: mr

aus der linksalternativen Ecke, bin überzeugter Gewerkschaftler und Kritiker der schwarz-gelben-Bildungspolitik.“ In der Präambel des Koalitionsvertrages heißt es, die Koalition definiere sich als „studierendennahen, linken, säkularen, progressiven emanzipativen und pluralistischen AStA.“ Auf der SP-Sitzung wurde dann aber deutlich, dass es sowohl bei Listen als auch Einzelpersonen bedeutende Meinungsverschiedenheiten bei der Auslegung politischer Begrifflichkeiten gibt.

Ein Vorwurf, den nach der parlamentarischen Opposition nun auch die BetreiberInnen von AStA-Watch gegen die Glaubwürdigkeit des politischen Selbstverständnisses der Koalition erheben, zielt auf die neuen Richtlinien zur Förderung studentischer Initiativen. Dort

ist festgeschrieben, dass jede Initiative, welche durch die Studierendenschaft der Ruhr-Universität Bochum gefördert werden will, „sich zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung (fdGO) der Bundesrepublik Deutschland bekennen, und bestätigen (muss), dass sie diese in keinsten Weise ablehnt, oder Tendenzen der Abschaffung dieser verfolgt.“ Ein Kritikpunkt lautet, dass durch diese Bedingung alle studentischen Initiativen unter den Generalverdacht gestellt würden, demokratiefreundlich und gewaltbereit zu sein. Die erhobenen Vorwürfe sind nahezu dieselben, wie sie der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU) gemacht wurden, als diese im Jahr 2010 die Extremismusklausel auf den Weg brachte. Derzufolge müssen sich alle Initi-

ativen, die bei dem Kampf gegen „Rechtsextremismus“, „Linksextremismus“ oder „Islamismus“ öffentliche Gelder beantragen, zur Verfassung bekennen. Neben dem Vorwurf des Generalverdachts wurde in beiden Fällen kritisiert, durch die Klausel würde „Linksextremismus“ und „Rechtsextremismus“ undifferenziert in einen Topf geworfen. Anders als in der Klausel des neuen AStAs, wurde in Schröders Version von Initiativen jedoch weitergehend gefordert, für alle an dem Projekt beteiligten Gruppen zu garantieren, dass diese sich ebenfalls zu der fdGO bekennen - also etwa MusikerInnen, ReferentInnen oder gar EssenslieferantInnen. So weit gehen die Richtlinien der AStA-Koalition aktuell allerdings nicht.

Eine schlicht falsche Behauptung der AStA-Watch BetreiberInnen als auch des Bochumer-Protestkomitees ist die, dass die Minderheitenkoalition durch die Jungen Liberalen (Juli) und den „Ring Christlich Demokratischer Studenten Bochum“ (RCDS) getragen werde. Da der AStA-Vorstand nämlich durch eine geheime Wahl ins Amt gebracht wird, kann man lediglich vermuten, welche ParlamentarierInnen die Minderheitenkoalition tragen. Öffentliche Stellungnahmen gibt es dazu bislang nicht.

Während der Legislaturperiode des letztmaligen Juso-AStAs im Jahr 2007 gab es schon einmal ein AStA-Watch-Projekt. Neu ist die Idee also nicht.

:ineigeneSache

Neue Herausgeber_innen

(Redaktion) Am 27. März wurde ein neuer AStA gewählt. Der Allgemeine Studierendenausschuss ist der Herausgeber der Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung (bsz). Der bisherige AStA, gebildet aus Grüner Hochschulgruppe, Linker Liste und Schöner Wohnen in Bochum, wurde durch einen Minderheiten-AStA bestehend aus Nawi, Internationaler Liste, Jusos und Gewi abgelöst. Die bsz versteht sich als studentische Zeitung, die kritisch über die Zustände auf dem Campus der Ruhr-Universität, in der Stadt Bochum und darüber hinaus berichtet. Unsere Redaktion ist basisdemokratisch organisiert und entscheidet im Konsens. Wir verstanden und verstehen uns nicht als Propagandaorgan des AStA. Ganz im Gegenteil nahm der AStA bisher keinen Einfluss auf die journalistische Arbeit der Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung. Wir gehen davon aus, dass dies weiterhin der Fall sein wird. Wir werden auch zukünftig auf Missstände aufmerksam machen, egal, ob im AStA oder in hochschulpolitischen Listen. Wir hoffen auf eine gewohnt fruchtbare, faire und kollegiale Zusammenarbeit mit unseren neuen Herausgeber_innen.

Ostermarsch

(fik) An Ostersonntag (8. April) findet wieder der Ostermarsch Rhein-Ruhr statt. Unter dem Motto „Ja zur zivilen Lösung der Zukunftsprobleme - Nein zu Krieg, Atomrüstung und innerer Militarisierung - nein zur NATO“ werden Friedensaktivist_innen von Essen über Gelsenkirchen, Wattenscheid und Herne bis nach Bochum mit dem Fahrrad fahren. Die Friedensfreund_innen treffen sich um 9 Uhr am Willy-Brandt-Platz in Essen. Etwa um 12:45 Uhr findet am August-Bebel-Platz in Wattenscheid eine Zwischenkundgebung statt. Enden wird die Fahrradtour in Langendreer, wo um 16 Uhr Jörg Kronauer über die westlichen Interessen im Nahen und Mittleren Osten im Bahnhof Langendreer vorträgt. Bereits am Ostermarsch reist der Ostermarsch durch Duisburg, Düsseldorf und Gelsenkirchen. Weitere Informationen gibt es unter <http://www.ostermarsch-ruhr.de>

Bodo ist umgezogen

(Chs) Das Straßenmagazin von Bodo e.V. und auch der Buchladen firmieren in Dortmund unter einer neuen Adresse. Sie sind ebenso wie das vereinseigene Umzugsunternehmen ab sofort am Schwanenwall 36 – 38 in der Dortmunder Innenstadt zu finden. Nachdem sich der Verein knapp zehn Jahre am Hafen befunden hat, hofft er nun, von der Innenstadtlage nahe am Westen- und Ostenhellweg zu profitieren. Die bsz gratuliert zur neuen Bleibe.

Steuern für die Bildung?

(mr) Dieter Timmermann, Präsident des Deutschen Studentenwerkes (DSW), fordert im aktuellen DSW-Journal zusätzliche Finanzmittel für die Deutschen Hochschulen. Recherchen des Autors Armin Himmelrath haben ergeben, dass allein für den Gebäudeunterhalt und die technische Ausstattung der Universitäten jährlich rund drei Millionen Euro benötigt werden. Nach Angaben des Wissenschaftsrates und der Wissenschaftsministerin des Landes Baden-Württemberg, Theresia Bauer (Grüne), benötigten die Hochschulen darüber hinaus rund 2,3 Millionen Euro jährlich zur Verbesserung der Lehre und zur Schaffung zusätzlicher Studienplätze. Das führe zu einem Fehlbedarf von jährlich mindestens 5,3 Millionen Euro für das Deutsche Hochschulsystem. Dieser Betrag müsse durch Steuererhöhungen eingeholt werden.

Anerkennungsgesetz

(Chs) Seit dem 1. April gilt hierzulande das so genannte Anerkennungsgesetz. Es soll garantieren, dass ausländische Berufsqualifikationen in Deutschland anerkannt werden. Betroffene haben somit erstmals und unabhängig vom Herkunftsland einen Rechtsanspruch auf ein Verfahren, falls droht, dass ihre Qualifikation in der Bundesrepublik nicht anerkannt wird. Wer die erforderlichen Papiere eingereicht hat, erhält innerhalb von drei Monaten den besagten Verfahrensanspruch. Schätzungen des Bundes zufolge könnten bis zu 300.000 Menschen von dem Gesetz profitieren. Für genauere Informationen hat der Bund ein Informationsportal (www.anerkennung-in-deutschland.de) und eine Telefon-Hotline (+49 (0) 30-1815-1111) eingerichtet. Bislang gilt das Gesetz nur für solche Berufe, die in die Zuständigkeit des Bundes fallen. Die einzelnen Bundesländer haben jedoch angekündigt, die entsprechenden Berufsgesetze, die in ihre Zuständigkeit fallen, anzupassen.

Machen die Piraten bald die FDP überflüssig?

Irgendwie linksliberal

(fik) Seit dem Wahlerfolg der Piraten in Berlin und noch mehr seit ihrem Einzug ins saarländische Landesparlament, spekulieren viele über neue Parlamentszusammensetzungen. Von einer besseren FDP ist die Rede, oder von hipperen Grünen. Bisher sind die Inhalte der Piraten noch uneindeutig oder fehlen ganz. Die meisten ihrer Wähler_innen machen ihr Kreuz bislang eher aus Protest. Deutlich ist jedoch, dass sie eine neue Generation – besonders von jungen Männern – begeistern. Ihre weitere Entwicklung, auch im studentischen Milieu, dürfte daher sehr interessant sein.

Ihre Wähler_innen kommen aus allen politischen Lagern. Egal von welcher im Bundestag vertretenen Partei, fast ebenso viele ihrer ehemaligen Wähler_innen machten in Berlin und im Saarland ihr Kreuz bei den Piraten. Der Grund ist dabei oftmals derselbe: die Unzufriedenheit mit den etablierten Parteien. Besonders die FDP und die Linke gehen derzeit hart auf die neue Konkurrenz los. Die Linke bezeichnet die Piraten als „FDP mit Internetanschluss“ und die FDP nennt wiederum die Piraten als „Linke mit Internetzugang“. Das hat wohl auch damit zu tun, dass sowohl die Linke, als auch die FDP in Schleswig-Holstein und NRW um den Wiedereinzug in den Landtag bangen müssen. CDU, SPD und Grüne versuchen hingegen eher um die Gunst der Piraten (und damit auch die ihrer Wähler_innen) zu buhlen, leiden sie doch derzeit nicht unter der Angst, an der Fünfprozenthürde zu scheitern.

Die bessere FDP?

Vieles an den Piraten erinnert an die Anfänge der Grünen, mit einem großen



Bereits 23.000 Mitglieder: Die Piraten sprechen besonders junge Wähler_innen an.

Foto: flickr / Piratenpartei Deutschland (CC BY 2.0)

Unterschied. Sammelten sich bei den Grünen neben Ökos, Konservativen, Linken und Friedensbewegten auch Feminist_innen und Linksradikale. Bei den Piraten hingegen gibt es zwar auch ein paar Ökos und Linke, aber keine – zumindest keine wahrnehmbaren – Feminist_innen, oder gar Linksradikale. Dafür ziehen sie ebenso Wirtschaftsliberale, sehr vereinzelt auch Rechtsradikale, und religiöse Fundamentalist_innen an. Vieles an den Piraten ist eher vergleichbar mit der FDP der 70er Jahre. Zu Zeiten der sozial-liberalen Koalition unter Willy Brandt verstanden sich die Liberalen noch ausdrücklich als linksliberal. Bürger_innen

innenrechte standen vor einer liberalen Wirtschaftsordnung. Die heutige FDP ist in den vergangenen Jahren jedoch zu einer reinen Steuerenkungs-Partei verkommen und befindet sich nach vielen verlorenen Wahlen in der Selbstauflösung. Ein Parteienspektrum ohne die FDP und mit den Piraten als einer linkeren und moderneren FDP klingt da wohl sehr verlockend.

Linke Mehrheiten?

Wenn sich die Piraten als irgendwie linksliberal definieren, könnten so interessante Mehrheiten möglich sein. Rot-grün-orange Regierungen oder auch rot-rot-orange Mehrheiten könnten

neuen Schwung in die Bundesrepublik bringen. Ein besonders attraktives Bündnis könnte auch eines aus Grünen, Linken und Piraten sein. Dadurch könnten auch sehr unterschiedliche Wähler_innenschaften zusammengebracht werden. Die Grünen werden am häufigsten von Frauen mit einem hohen Bildungsgrad gewählt, die Piraten von jungen Männern und die Linken von älteren, weniger privilegierten Menschen. Solange jedoch die Gräben zwischen der SPD und der Linken so groß bleiben und sich die Piraten nicht zur linken Seite des Parteienspektrums bekennen, wird von ihrem Aufkommen ausschließlich die CDU profitieren.

Großes Bedürfnis nach Teilhabe

Die wichtigsten Positionen der Piraten sind nicht ihr Eintreten für freies Internet und für Transparenz, behandelten die Grünen doch schon vor der Existenz der Piraten diese Themen. Es ist die Teilhabe der Bürger_innen über Wahlen und mögliche Volksentscheiden hinaus. Viele Menschen haben das Gefühl, dass sie keinen Einfluss mehr auf die Politik mehr haben, häufig zurecht. Außerdem haben bisher alle Parteien in Regierungsverantwortung eine ähnliche Politik gemacht. Egal, ob Schwarz-Gelb, Schwarz-Rot, Rot-Grün oder Rot-Rot, häufig sind die Ergebnisse dieselben. Es ist zwar nicht davon auszugehen, dass die Piraten da eine Ausnahme sind, jedoch versprechen sie, die Bürger_innen auch zwischen den Wahlen mitentscheiden zu lassen. Jetzt gilt es für die Piraten ihre mittlerweile 23.000 Mitglieder zu einem Grundsatzprogramm vereinen zu können, dadurch werden dann vielleicht auch rechte und fundamentalistische Mitglieder abgeschreckt werden.

Offener Brief von 51 Tatort-DrehbuchautorInnen

UrheberInnen pochen auf ihr Recht

(nh) Deins? Meins? Unser kollektives geistiges Eigentum? In die Urheberrechtsdebatte mischen sich nach der Wutrede für das geistige Eigentum des Element of Crime-Frontmannes Sven Regener in einem Telefoninterview vom Bayerischen Rundfunk nun auch andere UrheberInnen ein. In einem offenen Brief an die Grünen, Piraten, die Linke und „die Netzgemeinde“ melden sich 51 Tatort-DrehbuchautorInnen zu Wort und werfen den Parteien „demagogische Suggestion und liebevoll gehegte Lebenslügen“ vor. Die vermeintlich homogene Netzgemeinde reagiert: Der Chaos Computer Club (CCC) entgegnete mit einem offenen Brief von 51 HackerInnen.

Das Internet: Inhalte werden genutzt, neu gemischt, Filme und Musik aus dem Netz gezogen. Kreative und ganze Branchen beschwerten sich darüber, dass ihre Rechte als UrheberInnen daher nur unzureichend geschützt werden. Dass oftmals die UrheberInnen selbst rechtswidrig an Knebelverträge gebunden werden, wird gerne von der Verwertungsindustrie wie großen Musiklabels, Produktionsfirmen oder Verlagen unter den Teppich gekehrt. In einem offenen Brief fordern die 51 für den Tatort schreibenden UnterzeichnerInnen und UrheberInnen „Netzpolitiker aller Parteien auf, die Finger von den Schutzfristen zu lassen“ und prangern die „Umsonstkultur“ der NutzerInnen und RezipientInnen von Kulturgütern an. Dabei pauschalisieren sie „die Netzgemeinde“ zu einer homogenen Masse: „Diese politische Verkürzung von Grünen, Piraten, Linken und Netzgemeinde dient lediglich der Aufwertung der User-Interessen, deren Umsonstkultur so in den Rang eines Grundrechtes gehievt werden soll“. Diese Pauschalisierung wird von Leonhard Dobusch auf dem Blog „netzpolitik“ stark kritisiert: „Leider bringt das



Kopieren statt selber kreativ zu arbeiten: UrheberInnen kämpfen für ihre Rechte.

Foto: flickr / Stephen Downes (CC BY-NC 2.0)

Pamphlet die Debatte keinen Millimeter voran, sondern ergeht sich wieder nur in Pauschalverunglimpfungen und Selbstwidersprüchen.“ Auch der Chaos Computer Club distanziert sich in seiner Replik von einer homogenen Netzgemeinde: „Daß hier noch kein Equilibrium im Spannungsfeld zwischen neuen Technologien und Werkschaffungen im Vor-Netz-Zeitalter erreicht ist, ist offensichtlich. Dies ist jedoch kein Grund, uns als Netzens mit in denselben Topf zu werfen.“ Der CCC spricht aber von einem gemeinsamen Ziel zur Verbesserung der Urheberrechte zu Gunsten der Kunstschaffenden und von Urheberrechtsverletzungen betroffenen ProduzentInnen geistigen Eigentums. „Auch wir sind Urheber, sogar Berufsurheber, um genau zu sein. Wir

sind Programmierer, Hacker, Gestalter, Musiker, Autoren von Büchern und Artikeln, bringen gar eigene Zeitungen, Blogs und Podcasts heraus“, so der CCC.

Argumentative Widersprüche

Argumentativ gingen die Tatort-UnterzeichnerInnen des offenen Briefes nicht lupenrein vor und widersprachen sich in ihren Aussagen, so Dobusch. Zum einen sähen diese keinen Unterschied zwischen UrheberInnen und den vermeintlich „bösen“ VerwerterInnen, wie Sony, Bertelsmann oder der GEMA. Zum anderen müsse aber „die Verhandlungspositionen der Urheber gegenüber den Verwertern gestärkt werden“. Na was denn nun? Die Werke von AutorInnen sind mithilfe einer Frist von 70 Jahren post mortem vor einer

freien Veröffentlichung geschützt. Die Parteien würden jedoch genau diese Schutzfristen schwächen oder abschaffen wollen, befürchten die Tatort-DrehbuchautorInnen, und sie damit enteignen. Dobusch schreibt dazu: „Enteignung von Urhebern droht dabei weniger durch eine Verkürzung von Schutzfristen als vielmehr durch Total-Buyout-Verträge mit Verwertern“. Matthias Spiegelkamp, Journalist und Blogger, äußert sich ebenfalls zu Total-Buyout-Verträgen, also Totalausverkauf von Verwertungsrechten, die JournalistInnen von Verlagen vorgelegt bekommen und eine Ausbeutung der UrheberInnen sowie eine unrechtmäßige Stärkung der verwertenden Verlage darstellt. „Das ist vor allem auch deshalb dreist, weil Verlage selbst die größten Urheberrechtsverletzer sind. Der Fachbegriff dafür heißt treffend „Total Buyout“. Mit diesem Total Buyout versuchen Verlage, ihre freien Mitarbeiter dazu zu zwingen, sämtliche Verwertungsrechte an ihren Beiträgen abzugeben – oft genug gegen das Gesetz“, so Spiegelkamp.

Inhalte statt Emotionen

Die Urheberrechtsdebatte wird teils hitzig und äußerst emotional geführt - wie im Fall Regener. Teils inhaltlich widersprüchlich, wie beispielsweise der offene Brief der Tatort-AutorInnen. Einigkeit besteht über den Wunsch, das Urheberrecht der kreativ-produzierenden Zunft zu stärken. Wie diese Stärkung jedoch gelingen soll, darüber herrscht Uneinigkeit. Lobbyismus und eine Stärkung der Rechte der VerwerterInnen kann jedenfalls nicht die uneingeschränkte Lösung sein, wie es das von CDU und FDP geplante Leistungsschutzgesetz vorsieht, bei dem Suchmaschinenanbieter und Dienste, die Pressemittelungen gewerblich nutzen, zur Kasse gebeten werden.

Nach „Schmuddel“- Gedenkdemo: Video von Polizei-Übergriff

:bsztermine

Dem Volk auf's Maul hauen

(Mnd) Die für die Polizei übliche Vertuschung von Übergriffen auf Demonstrierende dürfte dieses Mal schwierig werden. Nach Kritik am Polizeieinsatz bei der Gedenkdemonstration für den von einem Neonazi ermordeten Thomas „Schmuddel“ Schulz vergangenem Mittwoch, hat das Dortmunder Antifa-Bündnis ein Video veröffentlicht. Darauf ist zu sehen, wie Polizisten mit Fäusten und Schlagstöcken auf friedliche Demo-TeilnehmerInnen einprügeln. Konsequenzen für die Schläger in Uniform wird dies höchstwahrscheinlich nicht haben – in solchen Fällen genießen PolizistInnen in Deutschland nach wie vor weitgehend Straffreiheit.

Es beginnt mit einem harmlosen Wortgefecht. DemonstrantInnen beschwerten sich bei der Polizei lautstark über die rüde Behandlung eines Festgenommenen. Dann kippt die Stimmung: Plötzlich beginnt ein Beamter, mit der Faust auf einen Mann einzuschlagen, von dem augenscheinlich keinerlei Bedrohung ausgeht. Andere Beamte eilen ihrem Kollegen „zur Hilfe“ und assistieren bei der Festnahme des Geschädigten. Ein Mann nähert sich, winkt mit seinem Presseausweis. „Der soll weg hier!“ weist einer der Prügel-Polizisten seinen Kollegen an, der Journalist wird abgedrängt. Nach einer weiteren verbalen Auseinandersetzung eskaliert die Situation erneut. Ein Polizist streckt zwei Frauen mit Faustschlägen nieder, zieht dann seinen Schlagstock und prügelt in die Menge. Seine Kollegen sprühen Tränengas auf die Umstehenden.

Verdrehung von Tatsachen

„Bei der Durchsetzung der ausgesprochenen Platzverweise solidarisierten sich

ca. 90 gewaltbereite, zum Teil verummte Linksautonome aus der Versammlung, mit den Punkern, beleidigten die eingesetzten Beamten auf das Übelste (u.a. mit den Worten ‚Dreckschweine‘ / ‚Bullenschweine‘) und störten die polizeilichen Einsatzmaßnahmen. Mindestens zwei Demonstranten griffen gezielt Polizeibeamte an, die gerade eine Person zur Durchsetzung eines Platzverweises festnahmen. Durch die Einsatzkräfte mussten Schlagstock und Pfefferspray eingesetzt werden“, heißt es bei der Pressestelle der Polizei.

Diese offensichtliche Lüge wurde nun durch das Video widerlegt. Weder sind von Seiten der Attackierten Beleidigungen gegen die BeamtInnen zu hören, noch gab es „gezielte Angriffe“ auf die Einsatzkräfte. Derlei Verdrehungen von Tatsachen sind gängige Praxis in Deutschland. 2010 veröffentlichte Amnesty International einen Bericht zur Polizeigewalt und Straffreiheit für BeamtInnen in Deutschland. Amnesty kritisierte darin unter anderem die „Schwierigkeiten bei der Identifizierung der Polizeibeamten, Unzureichende Ermittlung“, und den „Mangel an Unabhängigkeit und Unparteilichkeit“ bei der Polizei. PolizistInnen würden häufig gegen KollegInnen ermitteln, die tatsächliche Verurteilung von straffällig gewordenen BeamtInnen sei verschwindend gering. Es herrsche ein Korpsgeist vor. Dass der aktuelle Vorfall also ernsthafte Konsequenzen für die Täter nach sich zieht, ist unwahrscheinlich.

„Dieses ärgerliche Grundgesetz“

Intern machen viele PolizistInnen keinen Hehl aus ihrer Einstellung. Im Polizei-Forum „Copzone“ etwa heißt es zu einer Demonstration in Frankfurt, bei der es „zu Ausschreitungen kam“: „So langsam



Auf der Demo: Ein Polizist schlägt einen Demonstranten ins Gesicht.

Foto: dab.nadir.org

müsste sich bei der Polizei doch rumgesprochen haben, dass der Deeskalations-schweiß bei dem Klientel nicht fruchtet.“ Und auch ein sich „Kaepn_Chao“ nennender Beamter ärgert sich: „Versammlungen auflösen ist an eine hohe Schwelle gebunden. Dieses ärgerliche Grundgesetz und das alberne Gericht, das immer dessen Einhaltung überwacht, wollen das so.“

Besonders deutlich wurde die ungerechtfertigte Gewaltbereitschaft von PolizistInnen bei einer Demonstration in Hamburg 2002. Damals stürmten vier Beamte auf einen friedlichen „Demonstranten“ zu. Als sie den Mann mit Schlagstöcken zusammenschlugen, meldete sich der Begleiter des Opfers und wies sich und seinen Kollegen als Zivilpo-

lizisten aus. Daraufhin, und obwohl die Männer das verabredete Codewort riefen, wurde auch er verprügelt. Versuche, die Schläger zu identifizieren, wurden, wie üblich, von Vorgesetzten verhindert, auch im Prozess wurde gelogen und vertuscht.

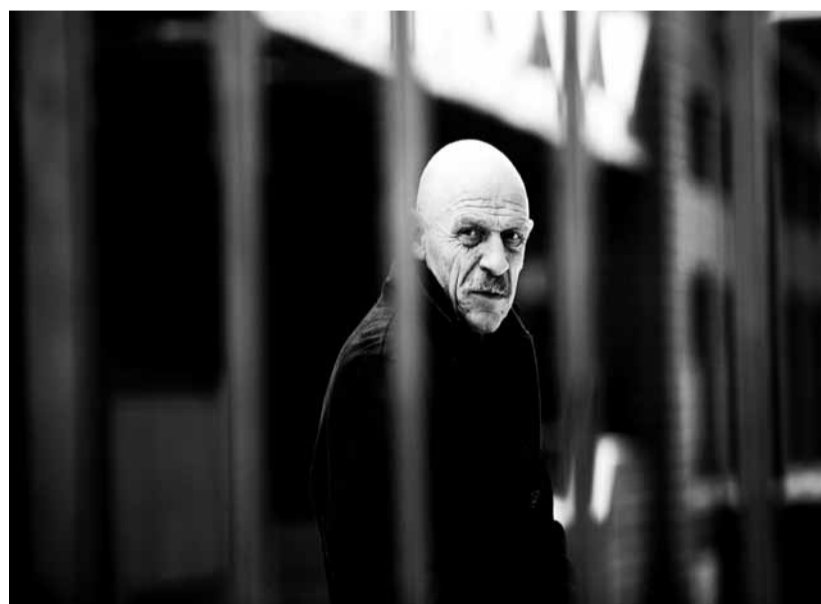
Wie die Dortmunder Polizei ihren Kopf diesmal aus der Schlinge ziehen will, ist angesichts der eindeutigen Videoaufnahmen nicht abzusehen. An Kreativität allerdings hat es ihr dabei selten gemangelt. Die antifaschistische Szene jedenfalls fordert eine umfassende Aufklärung des Vorfalls. „Wir fordern den Polizeipräsidenten auf, Stellung zu dem Vorfall zu nehmen und darzulegen welche Konsequenzen die dokumentierten Vorgänge für die Schläger_innen in Uniform haben“, so das Dortmunder Antifa-Bündnis.

Der Strafvollzug aus dem Blickwinkel eines Gefängnisarztes

Freiwillig im Knast

(mr) „Es gibt einen Weg, den nur du gehen kannst. Frag nicht, wohin er dich führt. Geh ihn!“, heißt das plakativ deterministische Lebensmotto des Arztes und Schauspielers Joe Bausch. Sein Weg führte ihn im Februar 1987 „von Bochum zur Justizanstalt Werl“, in welcher er seit nunmehr 25 Jahren arbeitet. Vielen dürfte Bausch aber weniger durch seine Tätigkeit als Gefängnisarzt, sondern vielmehr durch die Rolle des Gerichtsmediziners Dr. Joseph Roth im Kölner „Tatort“ bekannt sein. Seine eigentliche Profession liegt aber in der realen medizinischen Betreuung von „Sicherungsverwahrten, von Mördern, Kinderschändern, Totschlägern, Vergewaltigern, Erpressern, Räufern, Drogendealern, Betrügnern und Dieben, von RAF-Terroristen und ehemaligen KZ-Wärtern, hochkarätigen Wirtschaftskriminellen, Heiratsschwindlern, Brandstiftern und Frauen, die ihr Baby umgebracht haben.“ Die Erfahrungen dieser Arbeit hat Bausch nun in einem Buch verarbeitet.

„Knast“ lautet der überaus bezeichnende Titel des Buches. Darin beleuchtet der Regierungsmedizinaldirektor Bausch in simpler wie eingängiger Sprache die grundlegenden Facetten des Gefängnisalltags. Es ist eine subjektive, persönliche Darstellung einer speziellen, räumlich wie zeitlich sehr verdichteten Welt, in welcher sich stets auch die Probleme einer Gesellschaft widerspiegeln. Für Bausch sind dies beispielsweise die Kollateralschäden, „die unsere Ellenbogengesellschaft verursacht, die das rücksichtslose Streben nach dem schnellen Erfolg, der unmittelbaren Bedürfnisbefriedigung des Einzelnen über das Glück der Gemeinschaft gehoben haben.“ Eine These, die nachvollziehbar ist. Allerdings besticht das Buch weniger durch Bauschs Gesellschaftskritik als viel-



Der Mediziner Joe Bausch kümmert sich um die Gesundheit hunderter Gefangener.

Foto: Wolfgang Schmidt

mehr durch jene Schilderungen, die sich auf Gegebenheiten innerhalb der Gefängnismauern beziehen oder Aufschluss über den spannenden Werdegang des Autors geben, obgleich es sich bei „Knast“ trotz zahlreicher biographischer Bezüge nicht um eine Autobiographie handelt.

„Die Fähigkeit zur Empathie nicht verlieren“

In zahlreichen Talkshows und Interviews hat sich Bausch in den vergangenen Jahren immer wieder als Analyst und Kritiker des deutschen Strafvollzugs geäußert. Neben einer fundierten Sachkenntnis des Gefängniswesens konnte man dabei auch immer wieder eine gewisse Empathie für Gefangene bemerken. Diese scheint Außenstehenden häufig schwer nachvollziehbar, gerade wenn es sich bei den Häftlingen um Sexualstraf-

täterInnen oder MörderInnen handelt. Nach Bauschs Auffassung ist die Empathie den PatientInnen gegenüber jedoch eine entscheidende Triebfeder, ohne die ein Arzt seiner Aufgabe nicht gerecht werden könne. Und da der Gefängnisarzt schon aufgrund seiner Schweigepflicht häufig die einzige Vertrauensperson für Häftlinge darstelle, komme dieser deren menschlichen Abgründen letztlich wohl am nächsten. Die größte Schwierigkeit sei dann, sich von diesen „abzugrenzen und dennoch die Fähigkeit zur Empathie nicht zu verlieren.“ Die unterschiedlichen Straftaten, welche seine PatientInnen ins Gefängnis gebracht haben, interessieren Bausch im Praxisalltag ohnehin nicht. In einer von Sandra Maischberger moderierten Fernseh-Gesprächsrunde, welche im vergangenen Jahr in der Justizvollzugsanstalt Werl aufgezeichnet wurde, erklärte

er, dass er gar nicht die Zeit dafür habe, sich die Personalakte aller PatientInnen durchzulesen und sich mit deren Straftaten zu beschäftigen. „[E]s würde mich vom Kerngeschäft zu lange abhalten. So lange die Patienten zu mir nett sind und respektvoll mit mir umgehen, werden sie von mir respektvoll behandelt.“ Gleichwohl gibt Bausch in seinem Buch zu, dass er trotz aller Professionalität eine Faszination für gescheiterte Charaktere besitzt und auch diese Grund für seine Berufswahl war. „Mir macht es Freude, mit schwierigen Patienten umzugehen, ihre brüchigen Lebensläufe zu studieren und mich mit realen Figuren zu beschäftigen, die plötzlich in der schlimmsten Tragödie ihres Lebens angekommen sind.“

„Im Knast ist alles echt“

In achtzehn thematisch gegliederten Kapiteln wird das Ungeheuer Knast mittels zahlreicher Fallbeispiele schonungslos sezieren. Von der Inhaftierung bis zum Ausbruch, von der Untersuchungshaft bis zur Sicherungsverwahrung, von der Selbstbefriedigung bis zur Vergewaltigung, vom Toilettengang bis zum Tod, vom RAF-Terroristen bis zum Nazi wird dabei nichts ausgelassen. Und anders als im „Tatort“ ist der Schrecken hier stets real. „Da geht es nicht um Fiktion oder irgendwelche Bagatellen“, schreibt Bausch im Prolog des Buches. „Im Knast ist alles echt. Das Leben hinter Gittern mag sich zwar hin und wieder um etwas drehen, was ich bereits im Theater gesehen oder sogar selbst auf der Bühne dargestellt habe. Aber hier stehst du nicht mehr auf Brettern, die die Welt bedeuten. Hier stehst du knöcheltief in der Scheiße, bist konfrontiert mit einer Realität, die dir alles aberlangt.“ Joe Bausch hat sich freiwillig für diese Realität entschieden. Seine PatientInnen eher nicht.

Donnerstag, 5. April 2012

Compania Bataclan im KulturCafé

Die 7-köpfige Band Compania Bataclan aus dem Ruhrgebiet präsentiert ihr musikalisch vielseitiges Programm im Bochumer KulturCafé. Auf die Ohren gibt es einen spannenden Soundmix aus Balkan-Klezmer, französischer Musette, Reggae und Ska.
20.30 Uhr
KulturCafé Bochum,
Universitätsstraße 150
Eintritt frei

Drei ??? Record Release Party

Zusammen mit dem Publikum lauscht Synchronsprecher Oliver Rohrbeck, der dem Detektiv Justus Jonas seine Stimme leiht, die drei neuen Folgen der Drei ??? und plaudert über die Produktion aus dem Nähkästchen. Bereits eine Woche vor Veröffentlichung können die Folgen „Skateboardfieber“, „Die ??? und das Fußballphantom“ und „Die drei ??? - Botschaft aus der Unterwelt“ gehört werden.
20.00 Uhr
FZW Dortmund, Ritterstraße 20
Eintritt: 13,35 Euro

Psychologie und Herrschaft

„Alles Wirtschaften und Regieren unterliegt zudem religiösen Vorbehalten und Kontrollen. Ökonomie, Politik und Religion durchdringen einander, so daß von einer Trennung in unterschiedliche Sphären keine Rede sein kann.“ Ausgehend von dieser These diskutiert die Gruppe Morgenthau aus Frankfurt ihre „Überlegungen zur Sozialpsychologie des islamisierten Subjekts.“ Eine Veranstaltung der Antifa 3 D.
20.00 Uhr
Druckluft
Am Förderturm 27, Oberhausen
Eintritt frei

Samstag, 7. April 2012

Pink Floyd Reloaded

Sternegucken interessiert heutzutage kaum noch jemanden. Die schönsten sind ja ohnehin verglüht. Und Sternzeichen lässt man sich lieber durch eine Handy-App erläutern. Gut, dass das Bochumer Planetarium seit längerem Alternativprogramme anbietet. Ein Highlight des breiten Entertainment Programmes ist die Musik Veranstaltung mit „Psychedellic Space Rock“ der britischen Kultband Pink Floyd. Zur Musik vom Band gibt es digitale Lichteffekte, sphärische Bilder und 3 D Animationen, damit die Reise ins Ich auch ohne LSD funktioniert.
21.00 Uhr
Zeiss Planetarium Bochum,
Castroper Straße 67
Eintritt: 7,50 Euro, 5 Euro ermäßigt

Montag, 9. April 2012

Geschlossene Gesellschaft von Jean-Paul Sartre

„Die Hölle, das sind die Anderen“ lautet der berühmteste Satz des beklemmenden Stückes von Sartre. Zwei Frauen und ein Mann werden auf alle Ewigkeit in einem Hotelzimmer zusammengesperrt. Lediglich der Hotel-Page scheint anfänglich auf eine Welt außerhalb des kleinen Zimmers zu verweisen. Aber die Klingel, mit der man nach ihm rufen kann, ist tückisch und funktioniert nicht richtig. Was bleibt ist das Zimmer, die Erinnerung - und die Anderen.
19.30 Uhr
Rottstraße 5 Theater
Rottstraße 5, Bochum
Eintritt: 13 Euro (inklusive Programmheft und Getränk), 7 Euro ermäßigt

Amerikanischer Frühling?

„Nicht Richtig Witzig“

(rvr) „It's a ten minute walk – five minutes if you're young! Let's not loose the moment! The moment is ours“, schreit Filmemacher Michael Moore vom Podium in den Hörsaal. Es wird laut, parallel dazu entrollen drei Leute ein großes, gelbes Transparent: „Occupy Wall St“. Spontan formt sich ein Demonstrationzug aus dem Hörsaal der New Yorker Pace University; das Ziel: Der Zuccotti Park – jener unscheinbare Betonplatz mitten im Finanzdistrikt von Manhattan, der auf den Tag genau ein halbes Jahr zuvor ins Zentrum der weltweiten Aufmerksamkeit gerückt war. Damals waren es gut 1.000 DemonstrantInnen, die den Platz besetzten, und damit ein inzwischen globales Protestlabel schufen. Heute sind es gut 400, die sich von der nahen Universität an der Brooklyn Bridge auf den Weg machen, um das halbjährige Bestehen der Occupy-Bewegung zu feiern.



Links: Das Left Forum an der Pace University ist das größte spektrenübergreifende Treffen der US-amerikanischen Linken. Rechts: DemonstrantInnen machen sich auf den Weg zum Zuccotti Park im New Yorker Finanzdistrikt.

Fotos: rvr



„Es war wie die ganze zweimonatige Wall-Street-Besetzung an einem einzigen Tag“, beschreibt Frances Fox Piven am Tag darauf das, was sie an diesem Samstagabend erlebt hat. Piven ist Professorin für Politikwissenschaft und Soziologie an der City University of New York. Zunächst ist da ein lauter, bunter Demonstrationzug, dann die friedliche Inbesitznahme des Zuccotti Parks. Diskussionen, Debatten, Redebeiträge, Straßentheater und Tanz – das alles unter den kritischen Augen der New Yorker Polizei, die immer mehr Kräfte zusammenzieht. So geht es weiter bis in den späten Abend. Als gegen halb zwölf Uhr nachts einige AktivistInnen damit beginnen, Zelte aufzubauen und Schlafsäcke zu entrollen, bläst die Staatsmacht zum Angriff. Mit einem enormen Personalaufgebot drängen Polizeiketten auf den Platz, um die DemonstrantInnen zu vertreiben. Schlagstöcke kommen zum Einsatz, einige BesetzerInnen setzen sich auf den Boden und verhaken ihre Arme ineinander. Scheinbar willkürlich greift die Polizei einzelne Leute heraus, wirft sie zu Boden, fesselt und verhaftet sie. Es gibt diverse Verletzte, auch DemonstrantInnen werden angegriffen. Eine Demonstrantin bricht von der Polizei

gefesselt zusammen und muss mit dem Krankenwagen abtransportiert werden. Später bestätigt die Polizei 73 Festnahmen.

Occupy Everything

Ist das Occupy-Movement wieder da? Oder war es nie weg? Nach der Räumung der großen Protestcamps zum Beispiel in Portland, Oakland und auch New York im November hatten die Mainstream-Medien das Ende der Bewegung ausgerufen. Die Aktiven ficht das nicht an, denn sie haben den Winter genutzt, um ihre Strukturen zu festigen. Inzwischen befinden sie sich längst in den Planungen für einen „amerikanischen Frühling“, wie sie betonen.

In spätestens vier Wochen, zum 1. Mai, wird sich zeigen, ob sich die Protestbewegung tatsächlich eine gewisse Massenbasis erarbeitet hat. An Selbstbewusstsein mangelt es den Occupy-Aktiven jedenfalls nicht. So rufen sie zu dem symbolträchtigen internationalen ArbeiterInnenkampftag nicht nur zu MayDay-Paraden in diversen Städten auf, sondern gar zu einem „Generalstreik“. Auch wenn nicht davon auszugehen ist, dass am 1. Mai aufgrund des Occupy-Aufrufs alle Räder stillstehen werden, sind das doch Töne in den USA, die man so lange nicht mehr gehört hat.

Bis zum 1. Mai jedenfalls wollen die New Yorker Occupy-Aktiven jeden Freitagnachmittag demonstrieren und durch Lower Manhattan in Richtung Wallstreet ziehen.

Aufbruchstimmung

Politikwissenschafts-Professorin Frances Fox Piven unterstützt die Proteste, so gut sie kann. Sie ist ein führendes Mitglied der Democratic Socialists of America und beschäftigt sich auch wissenschaftlich mit sozialen Bewegungen. Piven geht davon aus, dass die Occupy-Proteste im vergangenen Herbst lediglich ein Auftakt waren: „Die zweimonatige Besetzung war dramatisch, brillant und fantasievoll. Aktuell entfaltet sich eine Bewegung in den Vereinigten Staaten, die sich noch in einem sehr frühen Stadium befindet.“ Zentral sei dabei der neue Anspruch: „Wir demonstrieren nicht, wir besetzen. Bei Demonstrationen steigen alle um fünf Uhr nachmittags wieder in ihre Busse und fahren nach Hause. Bei einer Besetzung weiß dagegen niemand im Vorfeld, wann sie endet.“ In der US-amerikanischen Linken herrsche aktuell eine Aufbruchstimmung, denn die Bewegung sei vielfältig, sie verändere sich und finde inzwischen Niederschlag in sehr unterschiedlichen institutionellen Arenen.

Eine zentrale Arena ist an diesem Wochenende unbestreitbar die Pace University in Lower Manhattan. Unter dem Motto „Occupy the System: Confronting Global Capitalism“ findet hier das Left Forum statt. Mit gut 4.000 TeilnehmerInnen sowie über 400 Workshops, Vortrags- und Diskussions-Panels ist die dreitägige Veranstaltung das größte spektrenübergreifende Treffen der US-amerikanischen Linken. SozialdemokratInnen, SozialistInnen, GewerkschafterInnen, marxistische Kleinparteien, Graswurzel-Medienkollektive, anarchistische Gruppen, linke UmweltaktivistInnen – sie kommen Jahr für Jahr auf der großen Konferenz zusammen. So viele TeilnehmerInnen wie in diesem Jahr waren es allerdings noch nie. Dabei hat das Left Forum eine lange Tradition: Bereits im Jahr 1966 als „Socialist Scholars Conference“ gegründet, signalisiert der neue Name seit dem Jahr 2005 die Öffnung für Nicht-AkademikerInnen und für ein breiteres Spektrum linker Politikansätze.


„Revolte im Herzen des Empire“

Es ist kein Zufall, dass das Left Forum dieses Jahr zeitgleich zum halbjährigen Jubiläum der Occupy-Bewegung stattfindet. Denn auch wenn die über 400 Veranstaltungen eine unglaubliche Themenvielfalt widerspiegeln, so ist es doch ein Anspruch der diesjährigen Konferenz, die neuen Entwicklungen zu reflektieren, die sich durch das nahezu landesweite Aufflammen von Graswurzel-Protesten unter dem Label „Occupy“ ergeben haben. Ganz ohne Pathos kommt die Bestandsaufnahme dabei freilich nicht aus – wenn etwa Michael Moore das Occupy-Movement zur am schnellsten gewachsenen weltweiten Bewegung der vergangenen 50 Jahre erklärt, oder der irisch-mexikanische Theoretiker John Holloway in seinem Redebeitrag eine „Revolte im Herzen des Empire“ heraufbeschwört. Macht aber alles nichts, denn Raum für differenziertere Auseinandersetzungen war in den unzähligen kleineren Workshops genug, schließlich fanden im Durchschnitt 60 Veranstaltungen parallel statt. Und ob die neuen Graswurzel-Bewegungen tatsächlich in der Lage sind, nachhaltige politische Verhältnisse in den USA und anderswo zu beeinflussen, so wie es sich viele hier wünschen, das wird sich mit einem weiteren Jahr Abstand auf dem kommenden Left Forum sicherlich noch besser beurteilen lassen.

bszimpresum

bsz – Bochumer Stadt- und Studierendenzzeitung
Herausgeber: ASTA der Ruhr-Universität Bochum – der Vorstand: Dirk Loose, Christian Vollmering u. a.
Redaktion dieser Ausgabe: Karsten Finke (fik), Nadine Hemgesberg (nh), Martin Niewendick (Mnd), Michael Reiners (mr), Chantal Stauder (Chs), Rolf van Raden (rvr)
V.i.S.d.P.: Karsten Finke (Anschrift s. o.)
Auflage/Druck: 3.000, Druckwerk, Dortmund
Anschrift: bsz, c/o ASTA der Ruhr-Universität Bochum, SH Raum 081, 44780 Bochum
Fon: 0234 32-26900; **Fax:** 0234-701623
E-Mail: redaktion@bszonline.de
WWW: http://www.bszonline.de

- Anzeige -



Speiseplan Mensa der Ruhr-Uni-Bochum

vom 09.04. bis 13.04.2012

Das AKAFÖ im Web z. o.:
Jetzt Fan bei Facebook werden oder Aktuelles per Twitter verfolgen.

	Montag	Dienstag	Mittwoch	Donnerstag	Freitag
Sprinter 2,- € (Stud.), 3,- € (Gäste)	Geschlossen Ostermontag	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Graupeneintopf mit Bockwurst oder Brötchen (R,S) ▶ Spaghettinigratin mit einem Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Reispfanne „Rhodos“ mit Hähnchen und Salat (G) ▶ Germknödel, dazu Vanille sauce und Pflaumenkompott (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Lauchnudeln mit Salat (S) ▶ Gemüse-Auflauf mit Käse überbacken dazu Salat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kartoffel-Gemüseintopf mit einer Bockwurst (R,S) ▶ Kartoffel-Gemüse-Eintopf mit Polenta Käsetasche (V)
Komponentessen 1,20-1,60 € (Stud.) 2,20-2,60 € (Gäste)		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hähnchenschnitzel „Pomodori“ mit Tomaten-Basilikumsauce (G) ▶ Grünkern Bratling mit Tomaten-Basilikumsauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Rinderhacksteak mit „Pomodori“ (R) ▶ Soja-Geschnetzeltes „Gyros Art“ mit Tsatsiki (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Paniertes Seelachsfilet mit Remouladen Dip (F) ▶ Broccoliröstling mit Käse Sauce (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Thai Chicken in scharfer Sauce (G) ▶ Mini-Frühlingsrolle mit Asiasauce (V)
Aktionen 3,30-6,50		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Rindfleischstreifen mit Balsamico dazu Bandnudeln und Bunter Rohkostsalat (R) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schweinefilet an Champignonsauce dazu Pinienkernreis und Salat der Saison (S) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Hähnchen Spieß auf Wok Gemüse dazu Erdnussauce (A,G) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Gemüseburger mit Pommes Frites dazu ein Salat (V)
Beilagen 0,60-0,70 €		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bunte Nudeln ▶ Kartoffelpüree ▶ Maisgemüse ▶ WOK-Gemüse 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Djuwetsch Reis ▶ Penne Nudeln ▶ Möhrenscheiben ▶ Ratatouillegemüse 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Kartoffelsalat ▶ Makkaroni ▶ Möhren ▶ Blattspinat 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Sesam Reis ▶ Bandnudeln ▶ Blumenkohl ▶ Bunte Gemüsevielfalt
Bistro 2,30-5,00 € (Stud.) 3,30-6,00 € (Gäste)		<ul style="list-style-type: none"> ▶ Putengeschnetzeltes mit Paprika, Mischgemüse und Schmorkartoffeln (G) ▶ Hacksteak „Croatia“ mit feuriger Tomatensauce, Rösti-Ecken und mediterranem Gemüse (R,S) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Schweine-Nackenbraten in Braubiersauce mit Kaisergemüse und Kartoffeln (A,S) ▶ Frisches-Wok-Gemüse mit Basmatireis und Paprikasalat (V) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Bratwurstschnecke mit Kartoffelgratin und Schwarzwurzelgemüse (S) ▶ Mariniertes Putensteak auf Glasnudelsalat (G) 	<ul style="list-style-type: none"> ▶ Seelachs mit Limetten und Knoblauch überbacken dazu Herzoginkartoffel und Mandelbrokkoli (F) ▶ Schaschlikspieß mit Curryketchup dazu Kartoffelpüree und Krautsalat (S)

Außerdem täglich im Angebot: Nudeltheke, Kartoffeltheke, Tagessuppe, Salat- und Nachspeisenbüffet.

Wir wünschen guten Appetit. Bitte achten Sie auf unser Speiseleitsystem. Hier erhalten Sie aktuelle Änderungen und Preise. Vielen Dank. Erläuterungen: (S) mit Schwein, (R) mit Rind, (A) aus kontrollierten-biologischem Anbau, kontrolliert durch DE-039-Öko-Kontrollstelle, Zertifizierungsstelle Gesellschaft für Ressourcenschutz mbH Göttingen, (G) mit Geflügel, (F) mit Fisch, (L) mit Lamm.

AKADEMISCHES FÖRDERUNGSWERK
WWW.AKAFOE.DE